



Dr. Saskia Hieber

arbeitete von 1996 bis 2004 am Forschungsinstitut der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und ist seit 2004 an der Akademie für Politische Bildung beschäftigt. Als Dozentin für Internationale Politik hält sie ebenfalls Lehraufträge an den Universitäten Regensburg und Duisburg-Essen.

/// Zwischen Tradition und Moderne

Japan und Europa

Das sichtbarste Zusammentreffen Japans und Europas war die Einladung zur Thronbesteigung Kaiser Naruhitos am 22. Oktober 2019. Staats- und Regierungschefs, gekrönte Häupter und Abgesandte aus der ganzen Welt waren dieser Einladung gefolgt. Europa und Japan verstehen sich als führende Industrieregionen mit einem stabilen demokratischen Wertesystem. Trotzdem bestehen erhebliche Unterschiede, die auf verschiedenen angelegten Traditionen und Interessen beruhen.

Die Macht der Bilder: Politik und Tradition in den Medien

Japan stand am 22. Oktober 2019 im Zentrum der Weltöffentlichkeit. Der Hauptzeremonie zur Thronbesteigung Naruhitos als 126. Kaiser folgten per Videoübertragung im Kaiserlichen Palast über 2.000 Gäste. Sie konnten ein streng formalisiertes Ritual betrachten, das europäischem Zeremoniell erst einmal fremd ist.¹ Aus Europa waren der schwedische König Carl Gustaf mit Kronprinzessin Victoria, das spanische, niederländische und belgische Königspaar, Prinz Charles aus England, Prinz Haakon aus Norwegen und das dänische Thronfolgerpaar angereist. Die gesamten Festlichkeiten und Empfänge gingen über mehrere Tage und begannen bereits am 1. Mai 2019 nach der Abdankung Kaiser Akihitos. Königinnen und Prinzessinnen in festlichen Roben und Würdenträger im großen Gesellschaftsanzug mit Orden zogen das internationale Interesse auf sich. Die Modewelt und die bunten Blätter blickten einige Tage intensiv auf Japan.² Ungeachtet der streng formalisierten Rituale zeigte sich das Potenzial der kaiserlichen Familie, zu internationalem Austausch und der Bekanntheit Japans beizutragen.

Die Thronbesteigung Naruhitos als 126. Kaiser Japans erregte weltweites Medieninteresse.

Dieser formelle Abschluss der Thronübergabe in Japan repräsentierte vermutlich den protokollarischen Höhepunkt des Jahrzehntes in Asien. Es gab Japan die Gelegenheit, sich als friedliche Kulturnation zu präsentieren und ganz andere Signale zu senden, als es beispielsweise China mit der großen Militärparade zum 70. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik am 1. Oktober 2019 erreichte. Die Berichterstattung über die Thronzeremonie des neuen Japanischen Kaisers hat Faszination über jahrhundertealte Riten hervorgerufen. Gleichzeitig stellten sich Fragen nach der dominanten Rolle des Kaiserlichen Hofamtes und der eingeschränkten Bewegungs- und Gestaltungsfreiheit der kaiserlichen Familie.³ Kaiser Naruhito und Kaiserin Masako haben im westlichen Ausland studiert. Sie werden Möglichkeiten suchen, Japans Außenbeziehungen zu fördern, das Kaisertum weiter zu modernisieren und versuchen, den Hof zu internationalisieren.

**Tradition ist in Japan
staatstragend und
identitätsstiftend.**

Wie viel Modernisierung gelingt, ist fraglich. Tradition ist in Japan staats-tragend und identitätsstiftend. Die Funktionen und Rollen der Frauen am kaiserlichen Hof sind stark reglementiert und eingeschränkt. Während die meisten europäischen Königshäuser die Erbfolge neutral regeln, erwarten Traditionalisten in Japan die Beibehaltung der männlichen Erbfolge. Generell herrschen gesellschaftliche Strukturen und Traditionen, von denen sich jüngere und moderne Frauen eingeschränkt sehen.⁴ Alleinerziehende Frauen sind in Japan beispielsweise eine Seltenheit.⁵ Tradition in Europa hat weniger politische, sondern viele regionale und kulturelle Bezüge. Tradition ist nicht zwingend mit Konservatismus zu verbinden. In Europa scheint Tradition auch trendige, „hippe“ Elemente zu tragen. Tracht ist beliebt. Crossover-Musik verbindet Musikstile aus mehreren Regionen und Jahrhunderten.

Differenzen in der Außen- und Energiepolitik

Die Macht der schönen Bilder darf nicht über politische Herausforderungen hinwegtäuschen. Japan und die EU verbindet zwar eine strategische Partnerschaft, die sich durchaus auf gemeinsame Werte und Prinzipien wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Freihandel und Multilateralismus bezieht.⁶ Ebenso ist Japan einer der wichtigsten Partner Europas – und diese Bedeutung wird angesichts der zunehmend robust agierenden Volksrepublik China immer wichtiger, doch die bestehende politische Kooperation muss ausgeweitet werden in Richtung Sicherheitspolitik. Der Klimawandel, die Aufrechterhaltung von Innovations- und Zukunftsfähigkeit sind ebenfalls neue Themen.

Japan ist als einziger asiatischer Partner in der Gruppe der G 7 ein wichtiger Entscheidungsträger. Das Freihandelsabkommen zwischen Japan und der EU, das zwei der wichtigsten Wirtschaftsräume der Welt und über 600 Millionen Menschen verbindet, trat am 1. Februar 2019 in Kraft.⁷ Es soll die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen vertiefen und die Rolle der EU in Asien stärken. Die 2013 begonnenen 19 Verhandlungsrunden verdeutlichten allerdings auch die hohe Komplexität der europäischen Institutionen und Prozesse. Nach Abschluss der Verhandlungen 2017 mussten der EU-Handelsministerrat, der Kommissionspräsident, der EU-Ratspräsident, der EU-Rat und schließlich das Europäische Parlament zustimmen. Die amerikanische Absage an das eigene TPP, das transpazifische Handelsabkommen und die amerikanische Handels- und Außenpolitik („America First“, „Buy American, hire American“) unter Präsident Trump waren entscheidende Auslöser, dieses Freihandelsabkommen schnellstmöglich einzusetzen.

Japan und die EU erwirtschaften etwa ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung. Die EU ist weltweit Japans drittgrößter Handelspartner. Japan wird auf 91 % (später 97 %) seiner Importe aus der EU keine Zölle erheben. Dies ist ein starkes Signal gegen Protektionismus, doch es bestehen energie- und außenpolitische Differenzen.

Japan sucht auch neue Allianzen und nähert sich Indien an.⁸ Die Gründe hierfür sind vielfältig: Japan unterstützt in Entwicklungszusammenarbeit und Kulturpolitik traditionell andere asiatische Länder. Die Sorge um Handelsspannungen und ein Abnehmen der globalen Ordnungsmacht der USA zwingt zur Suche nach neuen Verbündeten. Hierbei ist die Entwicklung neuer Märkte für eine exportabhängige Volkswirtschaft essenziell. Sicherheitspolitisch und versorgungstechnisch hat ein Inselstaat wie Japan besondere Interessen, denn einerseits schützt die Insellage, die Entfernung zu Verbündeten schafft aber logistische Herausforderungen.

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan soll die Beziehungen vertiefen.

Die zunehmende militärische Stärke und Präsenz Chinas in der Region ist sowohl für Japan als auch für Indien ein Problem, denn sie destabilisiert die regionale Sicherheit wie auch die eigenen Interessen. Japan und Indien führen gemeinsame Marineübungen durch, aber auch mit weiteren Partnern wie den USA und Australien gibt es solche Manöver. Japan und die Volksrepublik China stehen in einem Inseldisput im Ostchinesischen Meer. Beijings schroffe Haltung im Südchinesischen Meer, der Bau künstlicher Inseln und die Verletzung souveräner Rechte weiterer Anrainerstaaten wird weit über Asien hinaus mit Sorge betrachtet.⁹ China schafft durch Pakistan und Myanmar Wirtschaftskorridore und baut die Infrastruktur sowie die Energieversorgung aus, mit dem Ziel, alternative Zugänge zum Indischen Ozean und dem Persischen Golf zu bekommen. Die chinesisch-pakistanische Partnerschaft bedroht Indien direkt.

Die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen ist eine Voraussetzung für eine stabile Wirtschaftsentwicklung. Japan verfügt kaum über Energievorkommen und ist in hohem Maße importabhängig, insbesondere beim Energieträger Öl. Fast 100 % des Ölbedarfs müssen importiert werden – hauptsächlich aus dem Mittleren Osten.¹⁰ Eine Aufgabe der eigenen Nuklearenergieindustrie ist nicht abzusehen. Doch die 2016 beschlossene Nuklearkooperation mit Indien sorgt für Kritik.¹¹ Indien ist keine Partei des Nichtverbreitungsvertrages NPT. Aus diesem Grund zögerte Japan, sechs neue Kernkraftwerke in Indien auszustatten. Für Indien ist der Import von High-Tech und der Ausbau der Versorgung mit allen Energieträgern von größtem Interesse.

Japans Sicherheitsinteressen beinhalten eine eigene Nuklearindustrie.

Nach der Fukushima-Katastrophe 2011 schien in Japan der Weg zu einer Entnuklearisierung und einer anderen Energiepolitik möglich. Die Erinnerung an die entsetzlichen Folgen einer nuklearen Verseuchung sind präsent. Tatsächlich gelang es, die Energieversorgung mit anderen Energieträgern vorübergehend aufrechtzuerhalten. So entstanden in Japan und auch international Hoffnungen, dass der Inselstaat seine Nuklearenergie zumindest reduziert. Doch 2014 wurde die Atomkraft wieder Teil der japanischen Energiepolitik – nach wie vor ohne das Entsorgungsproblem des radioaktiven Abfalls behandelt zu haben.¹² Diskussionen um eine Emissionskontrolle und den Klimawandel schaffen für die Nuklearkraft vorgeblich eine neue Legitimation.

Deutschlands Energiewende und die angekündigte Abschaltung von Atomkraftwerken schienen eine vorbildliche Alternative aufzuzeigen. Doch Japans Sicherheitsinteressen beinhalten eine eigenständige Nuklearindustrie. Viele Länder Europas dagegen haben den Vorteil, von friedlichen Nachbarn umgeben zu sein, und Versorgungssicherheit durch überregionale Verbundsysteme wie dem europäischen Stromnetz herstellen zu können. Reserven

sind Nachbarn zugänglich, so kann Öl und Gas durch ganz Europa gepumpt werden. EU-Mitglieder profitieren vom Ausbau der Strategie für ein Trans-europäisches Energienetzwerkes (TEN-E), die die Energieinfrastruktur enger verbinden soll.¹³

Die Anbindung isolierter Regionen an das europäische Energienetz, intelligente Stromnetze (Smart-Grids) und erneuerbare Energien sind Themen mit hoher Priorität in der europäischen Energiepolitik. Ein kleiner Kontinent wie Europa, mit vielfältigen Strukturen und kleinteiligen Machtsystemen, kann seine Energieversorgung nur in überregionaler Zusammenarbeit sichern. Hier werden auch unterschiedliche Interessen und Politikansätze innerhalb Europas deutlich.

Die deutsche Regierung war und ist weitgehend der Meinung, dass die neue Nord Stream 2 Gaspipeline von Russland nach Deutschland auch der gesamt-europäischen Energiesicherheit dient.¹⁴ Schließlich sind die norwegische und britische Produktion rückläufig, die Ausbeutung der schrumpfenden Vorkommen in der Nordsee wird technisch schwieriger, kostenintensiver und ökologisch umstrittener. Das Gas wird größtenteils an die europäische Energiedrehscheibe Niederlande weitergeleitet. Frankreich und Polen teilen diese Auffassung nicht. Frankreich dagegen besteht auf seiner unabhängigen militärischen und zivilen Nuklearpolitik und gehört zu den Unterstützern des indischen Nuklearprogramms – auch gegen die Interessen europäischer Partner oder gegen die Ansätze einer gemeinsamen Europäischen Außenpolitik.¹⁵

Japan ist durch seine Insellage von einem überregionalen Versorgungsnetz abgeschnitten. Selbst wenn die Beziehungen zu China besser wären und Chancen existierten, auch durch die koreanische Halbinsel Pipelines zu legen, ist die Region Ostasien von einem Energieverbund zur gemeinsamen Versorgungssicherung weit entfernt. Energiepolitik dient hier nur nationalen Interessen. Die beste Chance hätte noch eine Gaspipeline aus Russland über Sakhalin nach Nordjapan.¹⁶ Leitungsgas ist billiger (30-40 %) als Flüssiggas (LNG), da es nicht prozessiert werden muss. Japan ist noch – vor China – der größte Flüssiggasimporteure der Welt und nutzt die Nähe der Produzenten insbesondere in Südostasien.¹⁷ Es bezieht aber auch LNG aus der Region des Persischen Golfes und ist daher von der Freiheit und Offenhaltung vieler Seeverkehrswege, der Straße von Hormuz, der Malakka-Straße und im Südchinesischen Meer abhängig. Eine strategische Verbindung zu Indien, gemeinsame Marinemanöver mit alten und neuen Partnern, insbesondere im Indischen Ozean und im Pazifik – und letztlich eine tiefere sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Europa, – sind also auch im strategischen Interesse Japans.

Europäische Energiepolitik braucht überregionale Zusammenarbeit.

**Japan hat eine
pazifistisch ausgerichtete
Verfassung.****Verteidigungspolitik und Sicherheitsinteressen**

Sicherheits- und verteidigungspolitisch wirken beide zumindest zurückhaltend. Europa muss sich strategische Irrelevanz vorhalten lassen. Japan hat seit dem 2. Weltkrieg eine pazifistisch ausgerichtete Verfassung. Seit 1951 steht Japan zwar unter dem erweiterten Abschreckungsschirm der USA und hat die Garantie, dass jeder Angriff auf Japan mit einem amerikanischen Vergeltungsschlag beantwortet wird. Doch Chinas militärische Modernisierung, das nordkoreanische Raketenprogramm und die Erkenntnis, dass sich die USA nicht mehr notwendigerweise für ihre Verbündeten einsetzen, resultieren in Tendenzen, eine eigene japanische nukleare Abschreckungsfähigkeit entwickeln zu wollen.¹⁸ Diese Ideen treffen in Europa und bei den fünf offiziellen Atommächten auf Kritik. Sie widersprechen auch der japanischen „3-Nein-Politik“, die die Entwicklung, Stationierung und Nutzung von Atomwaffen verbietet.¹⁹

Gemeinsam ist Europa und Japan jeweils die Einbindung in sehr unterschiedliche sicherheitspolitische Allianzen. Europäische Staaten sind in das überregionale militärische Bündnis NATO eingebunden, während Japan Teil und Verbündeter der amerikanischen Sicherheitsstrategie im Pazifik ist.²⁰ Gemeinsam ist auch die Befürchtung und Beobachtung, dass der Partner USA wirtschafts- und sicherheitspolitisch zunehmend auf sich selbst konzentriert ist, und dass strategische und verteidigungspolitische Aufgaben zur Friedens- und Stabilitätssicherheit in zunehmendem Maße selbst übernommen werden müssen.

///

Anmerkungen

- 1 Vgl. Japantimes.co.jp, 22.10.2019.
- 2 Vgl. Harper's Bazaar, 22.10.2019.
- 3 <https://www.japantimes.co.jp/news/2019/10/22/national/emperor-enthronement-traditional-styles-adapt-changing-times/#.XciSWP3sbmI>
- 4 <https://daily.jstor.org/japanese-women-dont-stay-workforce/>
- 5 <https://www.japantimes.co.jp/news/2013/08/03/national/media-national/closet-traditionalists-still-populate-a-supposedly-single-moms-world/#.XciXov3sbmI>
- 6 https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_en/48463/EU-Japan%20relations
- 7 <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/freihandelsabkommen-japan.html>
- 8 Vgl. Handelsblatt, 28.10.2018.
- 9 Vgl. hierzu die Erklärung des Internationalen Schiedshofes in Den Haag 2016 und Chinas Verteidigungsweißbuch 2015.
- 10 Japan reliant on Middle Eastern Oil, in: nippon.com, 25.6.2019.
- 11 <https://www.pri.org/stories/2016-11-11/controversial-nuclear-deal-signed-japan-and-india>
- 12 Atommüll ohne Plan, in: Süddeutsche Zeitung, 26.1.2015.
- 13 <https://ec.europa.eu/energy/en/topics/infrastructure/trans-european-networks-energy>
- 14 www.zeit.de, 12.2.2019.
- 15 France has replaced Russia as India's new best friend, Hudson Institute, 22.8.2019, <https://www.hudson.org/research/15265-in-modi-era-france-has-replaced-russia-as-india-s-new-best-friend>
- 16 Japan-Russia pipeline mostly a dream, in: Nikkei Asian Review, 22.8.2017, <https://asia.nikkei.com/Economy/Japan-Russia-gas-pipeline-mostly-a-pipe-dream>
- 17 <https://www.forbes.com/sites/judeclemente/2019/11/01/china-soaring-past-japan-in-liquefied-natural-gas-imports/>
- 18 How Japan could go nuclear, in: Foreign affairs, 3.10.2019.
- 19 MOFA: Three Non-Nuclear Principles, <https://www.mofa.go.jp/policy/un/disarmament/nnp/>
- 20 U.S. Department of State, 2019, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2019/11/Free-and-Open-Indo-Pacific-4Nov2019.pdf>